

# islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen

## Hürriyet

- Freitag, 06.07.07 – Man will keine Juristin mit Kopftuch

Hürriyet meldet, dass im hessischen Landtag beschlossen wurde, das Tragen eines Kopftuchs im juristischen Kontext zu verbieten. Der Justizminister Jürgen Banzer (CDU) sagte: „Das Kopftuch wirft einen Schatten auf die Neutralität der Justiz.“ Die Auseinandersetzung mit der Thematik hatte mit dem Fall der Kopftuch tragenden Rechtsreferendarin in Offenbach begonnen. Nun sei entschieden worden, dass eine Kopftuchträgerin künftig nicht auf der Richterbank sitzen oder Beweisaufnahmen durchführen könne.

- Samstag, 07.07.07 – Sen: Böhmer soll ihr Amt entzogen werden

Das zentrale Thema dieser Woche ist in allen türkischen Zeitungen die gespannte Lage wegen des neuen Zuwanderungsgesetzes. In der Samstagsausgabe meldet sich auch Faruk Sen, Leiter des Zentrums für Türkeistudien, zu Wort. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), hat Sen der Unfähigkeit bezichtigt und gefordert, dass sie ihres Amtes enthoben werde. Die von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) initiierte Deutsche Islamkonferenz (DIK) befindet Faruk Sen zwar als einen Schritt in die richtige Richtung, aber sie würde seiner Meinung nach auch Vorurteile gegenüber dem Islam bestärken.

## Sabah

- Montag, 09.07.07 – EU-Standards für Moscheen

Im Kampf gegen Islamismus und religiös motivierten Terrorismus will die EU-Kommission im Jahre 2008 Standards für Moscheen und Imame herausgeben. Aus diesem Grund sei den EU-Mitgliedsstaaten eine Umfrage bestehend aus 18 Fragen geschickt worden. Exemplarisch einige Fragen: „Wie werden Moscheen finanziert?“, „Wie werden religiöse Schulen finanziert?“ „Nach welchen Kriterien werden Imame ausgewählt?“ Franco Frattini, Vizepräsident der Europäischen Kommission, habe um Rückmeldung bis Ende September gebeten, um aus den Ergebnisse der Umfrage einen Bericht abfassen zu können. Im Artikel heißt es weiter, dass sich nach und nach die EU-Staaten (Frankreich, Holland, Belgien, Deutschland) mit Themen rund um den Islam beschäftigten.

- Dienstag, 10.07.07 – Englands letztes Terroropfer sind die Menschenrechte

Die türkische Tageszeitung schreibt zur Lage nach den versuchten Anschlägen in England, dass Andrew Green, Vorsitzender von Migrationwatch, eine Überarbeitung der European Convention on Human Rights (ECHR) gefordert habe, da sich die Zeiten geändert hätten. Im jüngsten Bericht der Migrationwatch heißt es: „Im Moment ist es aufgrund der derzeitigen Gesetze und internationalen Konventionen fast unmöglich eine Person, die mit Terrorismus in Verbindung steht, außer Landes zu schaffen. Die ECHR gehören noch einmal überarbeitet.“ Der Bericht endet mit einem Verweis, dass auch in Deutschland die Anti-Terror-Gesetze sich verschärft hätten.

## Milliyet

- Freitag, 06.07.07 – Trotz des Terrors...

Einige Tage zuvor zeichnete die Milliyet ein ganz anderes Bild zur Lage in England. Der außenpolitische Kommentator Sami Kohen stellt heraus, dass nach den jüngsten Anschlägen von London und Glasgow kein Abgeordneter die Terrorvorfälle zum Gegenstand seiner Politik gemacht habe. Lobend wird der neue britische Premier Gordon Brown erwähnt, dem daran gelegen sei, trotz Anti-Terror-Maßnahmen die Grundrechte und Freiheiten zu wahren. Kohen verweist in seinem Kommentar abschließend auf einen Artikel in der „Boston Globe“, der besagt, dass Sicherheitsbehörden gegenüber Terroristen auch ohne außergewöhnliche Maßnahmen auskommen können.

- Mittwoch, 11.07.07 – Richtige Entscheidung: Nicht-Teilnahme

Milliyet stellte im Vorfeld des heute stattfindenden Integrationsgipfels türkischstämmigen Bundestagsabgeordneten die Frage, wie sie den Boykott der türkischen Verbände bewerten. Von sieben Bundestagsabgeordneten (u.a. Hakki Keskin, Bilkay Öney, Sevim Dagdelen, etc.) waren sechs der Meinung, dass die Verbände sich nicht am Integrationsgipfel beteiligen sollten. Einzig Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) vertrat eine gegenteilige Position und brachte die zeitliche Dimension als Argument in die Debatte mit ein: „Das Gesetz wurde nicht erst gestern vorbereitet, man diskutiert es schon fast zwei Jahre. Es wäre vernünftiger, wenn sich die Verbände am Integrationsgipfel beteiligen und ihre Anliegen dort vorbringen würden.“

## Zaman

- Samstag, 07.07.07 – Britische Muslime haben mit Kampagne gegen Gewalt gestartet

Zaman titelt, dass nach den gescheiterten Terroranschlägen in London und Glasgow britische Muslime eine Kampagne gegen Gewalt gestartet haben. In britischen Tageszeitungen seien ganzseitige Anzeigen der Kampagne "Muslims United" mit der zentralen Aussage „Nicht in unserem Namen“ platziert worden. An der Kampagne hatten auch muslimische Ärzte mitgewirkt, wohl in der Absicht einer generellen Verdächtigung ihres Berufsstandes entgegenzuwirken, da als Terrorverdächtige zahlreiche Ärzte festgenommen worden waren.

---

Den wöchentlich erscheinenden **Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen** finden Sie auch in unserem Archiv auf [www.islamedia.de](http://www.islamedia.de) unter der Rubrik Newsletter.

---

## Impressum:

**Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg**

**Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe**

[www.islaMedia.de](http://www.islaMedia.de)

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff